



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Erhöhung der Trassenentgelte stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Region Nord mit Schleswig-Holstein gemäß des Netzzustandsberichts der DB InfraGO das schlechteste Schienennetz in Deutschland hat und die Qualität der bundeseigenen Schieneninfrastruktur trotz der deutlichen Steigerung von Sanierungen besorgniserregend gesunken ist. Der Landtag begrüßt, dass durch die Umschichtung der LKW-Maut zusätzliche haushaltsunabhängige Einnahmen für die Schieneninfrastruktur gesichert wurden, diese sind allerdings nicht ausreichend, um die langfristig entstandenen Sanierungs- und Ausbaubedarfe zu decken.

Der Landtag kritisiert die von der Bundesregierung vorgesehene Art der Finanzierung der Schieneninfrastruktur des Bundes über eine Eigenkapitalerhöhung bei der DB InfraGO und der damit verbundenen Renditestruktur. Die DB InfraGO plant zum Erhalt und der Verzinsung des Eigenkapitals die Trassenentgelte zu erhöhen. Im Ergebnis müssen damit Investitionen der DB InfraGO in Milliardenhöhe, ganz im Gegensatz zu anderen konkurrierenden Verkehrsträgern, größtenteils durch die Nutzenden finanziert werden.

Diese weitere, gravierende Erhöhung der im europäischen Vergleich ohnehin bereits sehr hohen Trassenpreise gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs und konterkariert die verkehrs- und klimapolitischen Ziele, Verkehre auf die Schiene zu verlagern. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Bundesregierung aufzufordern, die Eigenkapitalerhöhung durch Bundeszuschüsse oder eine andere sachgerechte finanzielle Alternative zu ersetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Trassenentgelte nicht weiter erhöht werden und die

Trassenpreisbremse für den SPNV beibehalten wird. Er bittet die Landesregierung darüber hinaus, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, das Trassenpreissystem stattdessen künftig stärker an Qualitätsaspekten zu orientieren und einen Mechanismus mit Anreizen und Sanktionen zur Qualitäts- und Quantitätssteigerung zu implementieren. Der Trassenpreis muss sich künftig stärker nach dem Zustand der Infrastruktur richten.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf der Bundesebene sowie gegenüber der Deutschen Bahn für die Übertragung des Eigentums eines Teils der Bahninfrastruktur auf die Bundesländer einzusetzen, die ausschließlich für den Regionalverkehr genutzt wird. Dafür wird die Landesregierung gebeten, sich mit anderen Bundesländern zu koordinieren und eine gemeinsame Initiative zu starten. Höhere Trasseneinnahmen eines Schienennetzes müssen auch direkt für Investitionen in das jeweilige Schienennetz fließen, anstatt intransparent bundesweit verteilt zu werden.

Die Trassenpreisfinanzierung muss Anreize zur Verlagerung von der Straße auf der Schiene sowohl für Güter als auch für Menschen bieten. Zudem muss das Trassenpreissystem die Erreichung der verkehrs- und klimapolitischen Ziele befördern.

Lukas Kilian
Und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion